

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 2 – Grundwasserabgabengesetz

Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

CDU: Für und gegen alles!

Mit dem geänderten Grundwasserabgabengesetz verstetigen wir eine Rechtslage, die mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes bereits vollzogen wurde. Seitdem haben wir das Thema hier im Landtag mehrfach diskutiert. Einen neuen Stand gibt es nicht, aber Sie wollen es heute noch mal in öffentlicher Debatte abfeiern, weil Sie meinen, damit einen Blumentopf gewinnen zu können.

Es ist nur so: Die Erhöhung ist moderat, der Wasserpreis in Schleswig-Holstein bleibt hinter Niedersachsen der zweitgünstigste in Deutschland und wir finanzieren damit lauter gute Sachen.

Am wichtigsten ist mir dabei die Erweiterung der Zweckbindung auf Neuwaldbildung, Waldumbau und waldökologische Maßnahmen. Damit erfährt der Wald in seiner Multifunktionalität endlich auch eine finanzielle Würdigung, denn der Wald spielt bei der Sicherung und Verbesserung unseres Grundwasser eine überaus wichtige Rolle.

Wir erschließen uns mit der Kofinanzierung aus der GRUWAG bedeutende Mittel seitens Bund und EU. Ich habe jedenfalls nicht mehr die permanent wiederholte Kritik des Kollegen Jensen-Nissen vernommen, wir würden EU-Gelder bzw. GA-Mittel verfallen lassen und so fiskalischen Schaden für unser Land anrichten.

Wir organisieren so ein großes Plus an Investitionen für Schleswig-Holstein.

Wir erfüllen auch durch die verursachergerechte Anlastung von Kosten die Anforderungen der EU, die in Art. 174 Abs. 2 des EG-Vertrages das Verursacherprinzip verankert hat, weil Wasser, Luft, Boden, Natur eben nicht freie Güter sind. Vielmehr geht die Nutzung und Belastung dieser vermeintlich freien Güter mit volkswirtschaftlichen Kosten einher.

1/2

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 417.04 / 16.12.2004

Grüne

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Die Grundwasserentnahmeabgabe ist daher auch Ausdruck eines neuen Verständnisses von Wirtschaft, in dem das Problem der externen Kosten gesehen wird. Kein Wunder, dass das in Ihren Köpfen keinen Platz findet. Der Fremdwörter-Duden erklärt völlig zutreffend den Begriff „konservativ“ mit: Auf Althergebrachtem beharrend.

Der absolute Hammer war die Äußerung des forstpolitischen Sprechers der FDP am 26. November in Rendsburg in der DEULA-Halle vor 300 FörsterInnen und ForstwirtInnen auf einer IG BAU-Veranstaltung. Da sagte der Kollege Günther Hildebrand von den sogenannten Liberalen auf meine mehrfache Nachfrage, dass man die Grundwasserentnahmeabgabe, sollte man Regierungsverantwortung übernehmen, wohl nicht zurücknehmen könne, weil der Landeshaushalt ja so angespannt sei.

Und genau das würden Sie tun, und wenn Sie heute noch so beredt dagegen wettern, keinen EURO-Cent zurücknehmen.

Vor PolizistInnen reden sie anders als vor FörsterInnen. Vor BäuerInnen anders als vor LehrerInnen. Eine GrünlandbäuerIn und MilcherzeugerIn kriegt etwas Anderes erzählt als eine AckerbäuerIn. Den Einen wird die Abschaffung der GRUWAG versprochen, den Anderen die Unterstützung von Neuwaldbildung.

Sie fordern radikale Sparpolitik, das Wahlprogramm jedoch – frei von politischer Kreativität und solider konzeptioneller Konsistenz - strotzt von ausgabenerhöhenden Versprechungen. So hoffen die CDU und die FDP sich zur Wahl durchmogeln zu können. Das Einzige, was man bei Ihrem Wahlkampf bewundern muss, ist die Dreistigkeit und Inkonsistenz, mit der Sie vorgehen. Damit werden Sie nicht durchkommen.

Mehr ist zum Thema GRUWAG nicht zu sagen. Wir werden dem Gesetz in der vom Ausschuss veränderten Fassung zustimmen.
